

Schweiz: Kanton Genf verbietet Konversionstherapien

Der Grosse Rat in Genf hat den Weg für ein Verbot der LGBTI+ feindlichen Conversion Therapien geebnet: Dazu wurde eine entsprechende Motion angenommen, um die nötigen Schritte für die Ausarbeitung eines Gesetzes einzuleiten. Der Kanton übernimmt damit eine Pionierrolle, und auch ein weiterer Kanton ist bereits in den Startlöchern.



Wie schon damals beim Partnerschaftsgesetz, so sind es erneut die Kantone, welche den Druck beim Bund in Bezug auf die Rechte für LGBTI+ erhöhen. Während ein Verbot von Conversion Therapien auf nationaler Ebene bislang scheiterte, so macht der Kanton Genf derzeit Nägel mit Köpfen und übernimmt damit eine Pionierrolle.

Der Grosse Rat hat eine entsprechende Motion der Grünen einstimmig, mit nur einer Enthaltung, angenommen, durch welche sämtliche Praktiken verboten werden sollen, welche darauf abzielen, die sexuelle Orientierung oder die Geschlechtsidentität einer Person zu verändern. Damit ist Genf der erste Kanton, der tatsächlich konkrete Massnahmen für ein solches Verbot einleitet.

Durch diesen Schritt im Grossen Rat wird nun eine Arbeitsgruppe geschaffen, welche ein entsprechendes Verbot ausarbeitet. Der Staatsrat hat zudem sechs Monate Zeit, um auf die Forderung zu reagieren. Er wird zudem auch aufgefordert, dieses Anliegen an die Bundesbehörden in Bern weiterzuleiten, damit die Genfer Lösung auf ein nationales Verbot ausgeweitet werden könnte.

Der Kanton Genf will laut der Motion weiter gehen als andere Länder, welche ein solches Verbot bereits kennen. So soll etwa kein Unterschied gemacht werden, ob die betroffenen Personen minderjährig oder erwachsen sind. In den meisten Ländern ist ein Schutz vor solchen Praktiken nur für Minderjährige vorgesehen.

Während der Grosse Rat in Genf schon darüber befunden hat, so wurde vor wenigen Tagen auch im Kanton Waadt eine entsprechende Motion für ein solches Verbot eingereicht. Dort ist die Abstimmung noch ausstehend.